

Kosovo: Mit Krieg rechnen - von Diplomatie träumen

**Das Kosovo-Desaster ist ein anschauliches Beispiel für die von den USA
gewöhnlich praktizierte Ablehnung der Diplomatie zugunsten von Krieg**

Von Diana Johnstone (10. Dezember 2007)

Die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten haben öffentlich erklärt, dass die Diplomatie bei der Lösung des Kosovo-Problems versagt hat.

Wenn Diplomatie versagt, heißt das Krieg, insbesondere wenn es um eine so gravierende Angelegenheit geht wie die einseitige Unabhängigkeitserklärung eines Teils des Staatsgebietes eines anderen Landes.

Aber der nächste Kosovo-Krieg gilt als ein so kleiner, geräuschloser, unbedeutender Krieg, dass ihm niemand Beachtung schenken wird. Die NATO besetzt gegenwärtig das potentielle Schlachtfeld mit mehr als 16.000 Mann, von Luftstreitkräften unterstützt, und ist in Bereitschaft, um, wie es heißt, "Gewalt zu verhindern". Tatsächlich könnte die gewaltige militärische Überlegenheit der NATO verhindern, dass eventuelle Gewalt das Stadium eines "Krieges" erreicht. Die Zuversicht, die von der eigenen militärischen Übermacht herkommt, erlaubt es den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Verbündeten, eine Politik zu betreiben, die normaler Weise eine verlässliche Formel für Krieg wäre.

Krieg entsteht, wenn gegnerische Parteien völlig widersprüchliche Auffassungen von der Realität haben. Albaner und Serben haben gerade von der Geschichte der umstrittenen Provinz Kosovo völlig gegensätzliche Auffassungen. Die Rolle von Diplomatie bedingt, solche widersprüchlichen Auffassungen von der Realität zu berücksichtigen. Das heißt zu vermeiden, eine der streitenden Parteien in eine erniedrigende Ecke zu drängen. Dazu gehört zu versuchen, gegenseitig Respekt und Verständnis zu fördern, zumindest so viel, dass ein Kompromiss akzeptiert werden kann.

Stattdessen haben sich die Vereinigten Staaten, und mit ihnen ihre verantwortungslosen europäischen Verbündeten, von Anfang an der extrem nationalistischen albanischen Sichtweise angeschlossen und Serbien wie einen "Schurkenstaat" behandelt, der den normalen Schutz des Völkerrechts nicht verdient. Washington inszenierte zwei Runden absolut vorgetäuschter "Verhandlungen", deren Ergebnisse es im Namen seiner albanischen Klienten von vorn herein diktierte. Die erste Runde fand in Rambouillet statt und führte 1999 zur Bombardierung Serbiens und der Besetzung des Kosovo. Die zweite Runde fand letztes Jahr statt und könnte möglicherweise zu einem weiteren, geräuschloseren aber längeren, unkalkulierbaren Konflikt führen.

Lange und kurze Scheinverhandlungen

Ende der 90er Jahre war die Clinton-Regierung nicht wirklich darum bemüht, das Kosovo-Problem zu lösen. Sie wollte ihr eigenes NATO-Problem lösen. Ihr NATO-Problem war folgendes: Was war der Sinn und Zweck dieses Militärbündnisses, jetzt wo der kommunistische Block, zu dessen Abschreckung es geschaffen wurde, nicht länger existierte? Um die NATO zu erhalten, musste ein neuer Grund für ihre Existenz gefunden werden. Dieser war die "humanitäre Intervention". Von nun an würde die NATO bestehen, um unterdrückte Minderheiten in fremden Ländern zu retten - speziell solche mit einigem geostrategischen oder wirtschaftlichen Wert, versteht sich. Der tief verwurzelte Konflikt zwischen dem serbischen Staat und der albanischen Sezessionsbewegung, begleitet von gelegentlich ausbrechender Gewalt auf beiden Seiten, lieferte das Experimentierfeld für diese neue Politik. Das Kosovo-Problem wurde zu einer Krise erklärt, die internationale Einmischung nötig machte, und dies nur wenige Wochen vor dem Treffen zum 50. Jahrestag der NATO, wo diese von den USA vorgegebene Politik offiziell angenommen wurde.

Um einen Kriegsgrund herbeizuführen, inszenierte die Clinton-Regierung Scheinverhandlungen in dem französischen Schloss Rambouillet. Plötzlich hievten die USA Hashim Thaqi, den Kopf der bewaffneten "Kosovo Befreiungsarmee", in die Rolle des Leiters der Kosovo-albanischen Delegation, wobei sie bekanntere albanische Führer wie Ibrahim Rugova beiseite schoben. Nicht einmal ein unmittelbares Zusammentreffen der serbischen und albanischen Delegationen wurde zugelassen. Beiden wurde befohlen, einen umfassenden von den Vereinigten Staaten ausgearbeiteten Plan anzunehmen, der die NATO-Besetzung des Kosovo ermöglichte. Außenministerin Madeleine Albright schüchtern Thaqi ein, bis er das Ultimatum widerwillig annahm, wobei ihm insgeheim zugesichert wurde, dass er schließlich sein eigenes "unabhängiges Kosova" bekommen würde. Die Serben hatten dem Prinzip der Autonomie des Kosovo zugestimmt, und ihr Parlament hatte einen Vorschlag formuliert, was allerdings in Rambouillet völlig ignoriert wurde. Aber die serbische Delegation sträubte sich gegen das Ultimatum, weil es einen Anhang einschloss, der die NATO-Besetzung von ganz Serbien ermöglicht hätte. Diese Ablehnung war das Ergebnis, auf das Albright aus war. Unter dem Vorwand, Serbien "habe es abgelehnt zu verhandeln", konnte nun die NATO ihren siegreichen kleinen "humanitären" Krieg führen.

Letztes Jahr erlebte die Welt das Schauspiel ziemlich langwieriger Scheinverhandlungen. Über Wochen und Monate gab es in den halbamtlichen Medien des Westens "Nachrichten", dass die Verhandlungen zur Beilegung des Kosovo-Problems zu nichts führten. Eine Neuigkeit war das nicht; denn die Verhandlungen wurden so aufgezogen, dass sie unmöglich erfolgreich sein konnten.

"Die serbische und die albanische Seite können sich nicht einigen," erklärten die Pseudo-Diplomaten über ihre Pseudo-Diplomatie. Sie meinten damit, dass, die serbische Seite nicht der albanischen Forderung nach einem unabhängigen Kosovo zugestimmt hatte. Darin bestand der einzige Vorschlag, der von den USA unterstützt wurde. Wiederum lief dieser auf ein Ultimatum an die Serben hinaus. Die Albaner wussten, sie hatten die Unterstützung der Vereinigten Staaten und der NATO, die das Kosovo militärisch besetzt hielten. Sie hatten keine Veranlassung, sich auf einen Tauschhandel einzulassen. Sie brauchten nur abzuwarten, dass die Verhandlungen scheiterten, wobei sie sicher sein konnten, dass ihnen das, was sie wollten, von den Großmächten, welche die Besatzung stellten, gegeben würde

Russland setzt auf Diplomatie und internationales Recht

Für dieses Scheitern macht der Westen Wladimir Putin verantwortlich. Servile Medien sind damit beschäftigt, den Status von Putin als jüngster Klassen-Bösewicht der Welt aufzublasen, der getrieben von der "Macht" nur den perversen Wunsch hat, die tugendsamen Amerikaner zu ärgern. Da die Amerikaner die albanische Forderung nach Unabhängigkeit unterstützen, unterstützen die Russen eben aus schierem Widerspruchsgeist die serbische Position.

Das ist nicht ganz richtig. Die serbische Position sieht vor, dem Kosovo eine sehr umfassende Autonomie zu geben, eine Selbstregierung, knapp unterhalb einer formalen Unabhängigkeit. Die russische Position besteht in der Bereitschaft, jedes Übereinkommen, das zwischen den beiden Seiten erzielt wird, zu unterstützen. Die westlichen Medien weigern sich zu begreifen, was das heißt. Es heißt, dass die Russen auf echten Verhandlungen bestehen, zwischen den beiden Parteien, der serbischen Regierung und den Kosovo-albanischen Separatisten. Sie sagen nicht, was das Ergebnis solcher echter Verhandlungen sein sollte. Sie könnten in einer Art Kompromiss bestehen, der eine Art Unabhängigkeit vorsieht. Der entscheidende Punkt ist, dass ein solches Abkommen, das von beiden Seiten vereinbart wird, nach internationalem Recht legal wäre. Eine von den Kosovo-Albanern einseitig verkündete Unabhängigkeit ohne ein mit Serbien ausgehandeltes Abkommen wäre eine klarer Verstoß gegen internationales Recht. Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat wiederholt gewarnt, dass eine einseitige Unabhängigkeitserklärung weitere zwischen-ethnische Gewalt in der Region auslösen und einen gefährlichen Präzedenzfall für viele andere Länder mit ethnischen Minderheiten darstellen könnte.

Auf der grundsätzlichen Ebene besteht der Meinungsunterschied nicht zwischen den USA, die die Unabhängigkeit der Kosovo-Albaner unterstützen, und einem Russland, das Serbien unterstützt. Er besteht zwischen einem Russland, das Diplomatie unterstützt, und den Vereinigten Staaten, die Gewalt unterstützen.

Ein "NATO-Staat"

Aber wie viel "Unabhängigkeit" kann es realistischer Weise für das Kosovo geben? Die europäischen Regierungen wissen insgeheim, dass das Kosovo kein lebensfähiger unabhängiger Staat ist. Das hat sich in acht Jahren internationales Protektorat herausgestellt. Kosovos Wirtschaft ist nahezu vollständig von Geldüberweisungen kosovarischer Emigranten an ihre Familien, von internationaler Hilfe (einschließlich der aus Saudi Arabien für Moscheenbauvorhaben) und vom florierenden Verbrechen (vor allem Drogen- und Sex-Handel) abhängig.

Derweil die offizielle internationale Schuldzuweisung an die Serben eine Versöhnung zwischen Serben und Albanern unmöglich gemacht hat, verbleiben NATO-Truppen im Zeichen der Europäischen Union voraussichtlich weiterhin vor Ort, und zwar "um die Menschenrechte von Minderheiten zu schützen." Was die Sicherheit angeht, bleibt das "unabhängige" Kosovo weiterhin ein NATO-Satellit. Nach acht Jahren der de-facto-Unabhängigkeit von Serbien wird die formelle Unabhängigkeit von Serbien nichts bewirken, was den erbärmlichen Zustand der Wirtschaft verbessern würde. Die zahlreichen arbeitslosen jungen Albaner hoffen darauf, dass die Unabhängigkeit Jobs und Wohlstand bringt. Aber man kann sich nur schwer vorstellen, dass geschlossene Grenzen gegenüber einem feindlichen Serbien mehr für die Wirtschaft des Kosovo tun werden als Jahrzehnte jugoslawischer Sonderentwicklungsfonds. Es könnten sogar einige Einkommensquellen geringer sprudeln, insbesondere die ausländische Hilfe, wenn "humanitäre" nicht-staatliche Organisationen woandershin umziehen. Selbst Überweisungen aus dem Ausland könnten zurückgehen, falls bestimmte europäische Regierungen sich entschließen, ihre albanischen Gastarbeiter in ihr "befreites" Heimatland zurückzuschicken. Nur das organisierte Verbrechen kann sicher sein zu florieren.

Letzten August, als die lange Runde der Scheinverhandlungen in Gang kam, erklärte der serbische Minister für das Kosovo, Slobodan Samardzic, dass ein mit US-Unterstützung geschaffener Kosovo-Staat "allein den Interes-

sen der USA und den örtlichen Mafia-Clans dienen würde." Samardzic gehört zu der jüngeren, pro-westlichen Generation, welche die Feindseligkeit des Westens gegen Serbien Slobodan Milosevic anlastet. Aber Milosevic ist seit Jahren weg, und die westliche Politik bleibt unverändert.

Samardzic sagte ferner, die NATO plane, das Kosovo praktisch zu ihrem eigenen Territorium zu machen, "einem Satelliten, einem Militärbaracken-Staat auf fremdem Territorium". Die Hauptsitz der Macht wäre der gewaltige US-Militärstützpunkt Camp Bondsteel, der unmittelbar nach Besetzung des Territoriums durch die NATO im Juni 1999 gebaut wurde, ohne irgendjemanden um Erlaubnis zu fragen.

Als die jüngste Runde der Scheinverhandlungen zu Ende ging, erklärte der serbische Ministerpräsident, Vojislav Kostunica, die Ereignisse hätte bewiesen, dass 1999 der wirkliche Grund für die NATO-Bombardierung Serbiens in dem Ziel bestand, das Kosovo als "NATO-Marionettenstaat" zu erobern.

Und was bot man Serbien im Gegenzug für den Verlust seines historischen Territoriums? Nur eine vage Andeutung, dass es, sofern es sich anständig benimmt, eventuell die EU-Mitgliedschaft erwerben könnte. Kurz, im Gegenzug für den Verlust der Souveränität über das Kosovo könnte Serbien gestattet werden, noch mehr von seiner Souveränität an die Europäische Union abzugeben. Aber selbst diese Perspektive bleibt unklar.

Es ist durchaus möglich, dass Serbien wirtschaftlich besser fährt ohne das Kosovo, das immer der ärmste und am wenigsten entwickelte Teil Jugoslawiens gewesen ist, trotz massiver Entwicklungsfonds vom Rest des Landes. Doch Serbiens Gründe, das Kosovo behalten zu wollen, sind nicht wirtschaftlicher sondern moralischer Art. Der Westen hat sich geweigert, dies zu berücksichtigen, indem er all diese Gründe mit dem einzigen Argument vom Tisch wischte, dass Serbien wegen Milosevics Unterdrückung der albanischen Separatisten an diesem Territorium "sein Recht verloren habe". Doch realistisch betrachtet, hat vielmehr die NATO durch Bombardierung Serbiens "ihr Recht erhalten", über das Kosovo zu verfügen. Das westliche Argument läuft darauf hinaus, dass Macht vor Recht geht oder vielmehr die überlegene Macht vor dem Recht.

Serbiens Standpunkt

Die serbischen Gründe für die Ablehnung der Sezession des Kosovo sind rechtlicher und moralischer Art:

1. - Völkerrecht. Selbst nachdem die NATO Serbiens Zustimmung zur Besetzung des Kosovo herbeigebommt hatte, wurde die serbische Souveränität über die Provinz in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht offiziell bekräftigt. Als der einseitige Krieg endete, nahm der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Entschliessung 1244 an. Sie enthält die "Bekräftigung des Bekenntnisses aller Mitgliedstaaten zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien", deren Nachfolgestaat Serbien ist. Resolution 1244, die nach wie vor die Grundlage des rechtlichen Status des Kosovo ist, spricht auch von einer "substantiellen Autonomie und tatsächlichen Selbstverwaltung des Kosovo" - der Serbien zugestimmt, die es vorgeschlagen hat. Die Resolution spricht nicht von "Unabhängigkeit". Was hat Serbien seit dem Fall von Milosevic getan, dass es eine schlechtere Behandlung erfährt als 1999?

2. - Unmöglichkeit der Aufgabe der serbischen Minderheit angesichts ihrer nahezu sicheren Verfolgung und Vertreibung. Ebenso unmöglich ist es Serbien, seine historischen Denkmäler aufzugeben, die kostbaren mittelalterlichen Klöster von Decani, Gracanica, Pec und viele andere.

3. - Zutiefst schmerzliche Ungerechtigkeit und Erniedrigung infolge der Art, wie die Großmächte die Amputation dieses am meisten in Ehren gehaltenen Teils des historischen Stammlandes Serbiens betreiben. Die Serben werden für etwas verantwortlich gemacht, was sie nie getan haben, etwas, was auch Milosevic keineswegs getan hat: Versucher "Völkermord" oder zumindest "Vertreibung" der Albaner aus dem Kosovo. Das ist nichts weiter als Propaganda aus der Zeit des Krieges, die aber inzwischen anscheinend von den meisten Albanern geglaubt wird, nachdem ihr die Großmächte Geltung verschafft haben. Die offizielle Linie der Kriminalisierung Serbiens, die täglich von mehr oder weniger ignoranten aber bestens indoktrinierten Leitartiklern und Kommentatoren nachgebetet wird, fügt dem unerträglichen Unrecht noch die Beleidigung hinzu. Manchmal ist Beleidigung schwerer zu ertragen als Unrecht. Dieser letzte Grund, der möglicherweise stärkste von allen, bleibt den Amerikanern und Europäern faktisch verschlossen, da sie in vorsätzlicher Unkenntnis der Komplexitäten der Geschichte und Kultur der Region die offizielle Linie von den unschuldigen Albaner verfolgenden bösen Serben völlig verinnerlicht haben.

Wenn diese gänzlich legitimen serbischen Sorgen berücksichtigt würden, könnte geduldige Diplomatie aller Wahrscheinlichkeit nach eine Kompromissregelung erzielen, die sich von den Ausgangspositionen beider Seiten unterscheiden aber zusammen mit internationalen Garantien und Anreizen zumindest einen Teil der Forderungen beider Seiten befriedigen würde.

Träume vom Was-wäre-wenn..

Selbst nachdem das Desaster der NATO-Bombardierung und der Besetzung des Kosovo die Lage weitaus verschlimmert hat, weil es die Feindschaft zwischen den albanischen und serbischen Gemeinschaften zum Überkochen brachte, wäre Diplomatie noch in der Lage, eine konstruktive Rolle zu spielen. Dies würde einfach nur ein wenig guten Willen und konstruktive Fantasie erfordern - Eigenschaften, welche die gegenwärtigen Führer der USA nicht einmal anstreben, da sie sich lieber auf die eiserne Faust verlassen.

Man stelle sich vor, die Vereinigten Staaten hätten es nicht geschafft, die friedensstiftenden Funktionen von internationalen Organisationen wie OSZE und UNO zu untergraben. Man denke sich eine echte "internationale Gemeinschaft", die diplomatischen Anstrengungen für eine Kompromisslösung für das Kosovo ernsthafte Rückendeckung geben könnte. Anstelle der Bildung einer "Troika" aus USA, der Europäischen Gemeinschaft und Russland sei angenommen, dass Indien, China und Brasilien eine Gruppe von Diplomaten ernennen würden, zum Beispiel ehemalige Botschafter in Jugoslawien vor dem Zerfall (darunter vielleicht die beiden ehemaligen Botschafter Ost- und Westdeutschlands, der ehemalige kanadische Botschafter James Bissett und der ehemalige britische Botschafter Ivor Roberts sowie ehemalige Botschafter nicht-europäischer Länder), um einen Beitrag zu unbefristeten Verhandlungen zwischen Serben und Albanern zu leisten. Dabei gäbe es keine Vorbedingungen außer einer: die Verhandlungen dauerten solange, bis die beiden Parteien einer Kompromisslösung zugestimmt hätten.

Meine persönliche Meinung ist, dass echte, geduldige Verhandlungen zu einer Art von umfassendem Abkommen führen könnten, in welchem Grenzveränderungen und Gebietsaufteilungen ebenso einbezogen wären wie auch eine Art von Union zwischen dem secessionistischen albanischen Teil des Kosovo und Albanien selbst. Für eine Lösung gibt es überwältigende Argumente, die lange bevor das Kosovo-Problem 1989-99 zu einem bewaffneten Konflikt eskalierte, von Dobrica Cosic, einem herausragenden Romanautor und ehemaligen Präsidenten Jugoslawiens, höchst überzeugend dargelegt wurden.

Zwar lehnen beide Seiten, die albanische wie auch die serbische, mehr oder minder heftig eine Gebietsaufteilung ab. Die Albaner fordern hatnäckig das ganze Kosovo innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen. Diese Forderung wird von den Vereinigten Staaten unterstützt, die auch darauf bestehen, dass es keine Union zwischen Kosovo und Albanien gibt. Dies ist der Punkt, an dem ein Kompromiss ausgearbeitet werden könnte. Serbiens Position war, Autonomie in einem Umfang rechtlich zu verankern, dass dies faktisch einer totalen inneren Unabhängigkeit gleichkommen würde. Als Verhandlungsposition kann man das verstehen, aber man kann sich schwer vorstellen, wieso dies Serbien selbst begünstigen würde. Serbien ginge das Risiko ein, die finanzielle Last für ein Territorium zu tragen, über welches es keine Kontrolle ausüben könnte. Auf der anderen Seite machen die Unabhängigkeitserwartungen der Albaner und vor allem ihr Hass gegen Serbien eine Rückkehr zu serbischer Herrschaft in der Praxis unmöglich. Darüberhinaus hat Serbien eine der geringsten Geburtenraten in Europa, während die Kosovo-Albaner die höchste haben. Nachdem die Serben den Albanern in Kosovo zahlenmäßig unterlagen, könnten sie schließlich auch in Serbien von der Zahl der Albaner übertroffen werden.

Das Gemeinwohl der Serben wie der Albaner wäre am besten durch ein umfassendes Abkommen zur Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gewährleistet, was unbestreitbar in acht Jahren UN/NATO-Protectorat nicht zustande gebracht wurde. Ein solches Abkommen sollte einen Gebietsausgleich beinhalten, ferner Wirtschafts- und Kulturvereinbarungen zwischen den betroffenen Parteien. Die Nachbarländer sollten in die Verhandlungen gleichfalls einbezogen werden. Vereinbarungen sollten aufgrund der praktischen Gegebenheiten getroffen werden, nicht auf Basis einer Zuweisung von "Schuld" und "Unschuld".

Schließlich muss es dazu kommen, dass sich die Identitäten von bestimmten Gebieten und bestimmten Ereignissen lösen. Künftige Generationen von Serben und Albanern müssen in der Lage sein, ihr Leben frei von den Belastungen früherer Ressentiments und ererbter Rachegefühle zu führen.

Aber leider ist dies nur ein Traum.

** Diana Johnstone ist Verfasserin des Buches "Fools' Crusade: Yugoslavia, NATO and Western Delusions", das 2002 bei PlutoPress/Monthly Review Press erschien. Sie ist unter diana.josto@yahoo.fr zu erreichen.*

*Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff
Aus: Neues Deutschland v. 12. Januar 2008
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/122219.html?sstr=>*